

Dem Frieden zuliebe gegen die Windenergie in Bilten

Der Gemeindepräsident von Glarus Nord hat gestern im Landrat überraschend Nein zur Windenergie in Bilten gesagt. Er mache sich Sorgen, wenn sich ein ganzes Dorf übergangen fühle, sagte Thomas Kistler.

von Daniel Fischli

Mit 30 zu 24 Stimmen ist gestern der Landrat recht klar der Regierung gefolgt und hat die Windenergiezonen in Bilten aus dem kantonalen Richtplan gestrichen. Damit sei es «momentan nicht mehr möglich, den Windpark 'Linthwind' in der vorliegenden Variante in Bilten zu realisieren», schreibt die St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG (SAK) in einer ersten Stellungnahme.

Aus dem Landrat

Im Fokus



«Biltner sind auch Glarner»: Glarus-Nord-Gemeindepräsident Thomas Kistler begründet seine ablehnende Haltung. Bild Claudia Kock Marti

Die SAK hat vor wenigen Tagen die Umweltverträglichkeitsprüfung für ihre vier oder fünf geplanten Windturbinen nördlich und südlich von Bilten vorgestellt. Die SAK bedauere den Entscheid des Landrates, heisst es in der Medienmitteilung. Er zeige «einmal mehr, dass zwischen der politisch immer wieder verlangten Förderung alternativer Energien und der Bereitschaft, solche Projekte auch auf dem eigenen Gebiet umzusetzen, leider weiterhin eine grosse Lücke klafft».

Bei den Gegnern des Projekts, dem Verein «Linth Gegenwind», freut man sich natürlich über den Entscheid: «Wir haben gewonnen!», schreibt Präsident Daniel Lienhard auf Facebook.

Präsident im Zwiespalt

Überraschend hat sich gestern in der Landratsdebatte auch Gemeindepräsident Thomas Kistler (SP, Niederurnen) gegen das Projekt ausgesprochen. Kistler war von «Linth Gegenwind» in der Vergangenheit unterstellt worden, er setze sich «mit allen Mitteln» für das Projekt ein.

Er sei in der Frage gespalten, sagte Kistler im Landrat. Und der Entscheid sei ihm schwergefallen. Denn es sei einerseits unverantwortlich, weiter auf Öl oder die Atomenergie zu setzen, und die Wasserkraft sei im Kanton Glarus kaum noch ausbaubar. «Es bleibt die Wind- und die Solarenergie,

wenn wir nicht bereit sind, Energie zu sparen», so Kistler.

Andererseits verstehe er aber auch diejenigen Leute, die keine Freude an den Windturbinen hätten und die sich Sorgen um ihre Gesundheit machten, sagte Kistler. Zwar hätten «auswärtige Wanderprediger» Stimmung gegen das Projekt gemacht, so Kistler, aber die Sorgen der Biltner seien ernst zu nehmen: «Biltner sind auch Glarner.»

Eine Kehrtwende

Auch Thomas Kistlers Vorgänger als Gemeindepräsident von Glarus Nord, Martin Laupper (FDP, Näfels), votierte aus ähnlichen Gründen gegen den Windpark. In Lauppers achtjähriger Amtszeit war der Gemeinderichtplan erlassen worden, der für Bilten die Windenergie noch oppositionslos festgeschrieben hatte.

Laupper sagte gestern, der Standort Bilten sei falsch. Die Region sei mit

der Abwasserreinigungsanlage, der Kehrichtverbrennungsanlage und der Autobahn schon stark belastet. Man müsse jetzt den Frieden wahren und dürfe nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden.

Die weitere Opposition gegen den Windpark kam vor allem aus der SVP. Elisabeth Schnyder (Bilten) erklärte, die Anlagen würden zu nahe an den Dörfern stehen. Und Kaspar Krieg (Niederurnen) warnte davor, das «Eingangstor» zum Glarnerland zu verschandeln. Die CVP sprach sich laut Sprecher Marco Hodel (Glarus) sogar einstimmig gegen den Windpark aus.

Kritik an Zickzack-Kurs

Für die Windenergiezone machten sich BDP, GLP und Grüne stark. Karl Mächler (BDP, Ennenda) warf der Regierung vor, mitten im Spiel die Regeln zu ändern: Im bisherigen Richtplan sei der Standort Bilten eingetragen ge-

wesen, im neuen sollten nun plötzlich auf dem Vorab Turbinen gebaut werden. Pascal Vuichard (GLP, Mollis) erinnerte daran, dass die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Schweizer Energiestrategie nicht von selber geschehe. Und Ann-Kristin Peterson (Grüne, Niederurnen) fragte, ob man den Ausbau der Windenergie einfach den Nachbarkantonen oder dem Ausland anhängen wolle.

Ein einsamer Rufer in seiner SVP-Fraktion blieb Windpark-Befürworter Heinrich Schmid (Bilten). Er schilderte, wie er als damaliger Gemeinderat von Bilten vor zehn Jahren kantonale Windmessungen wieder aus einer Schublade geholt und das Projekt «Linthwind» initiiert hatte. Gestern dürfte es für lange wieder in der Schublade verschwunden sein. «Das Spiel wird in der 89. Minute abgepfiffen», haderte Schmid.

KOMMENTAR SEITE 12

Schwarze Zahlen erfreuen alle

Die Jahresrechnung 2018 des Kantons, die mit einem Plus von knapp zwei Millionen Franken abschliesst, fand gestern rundum Zustimmung. Die dunklen Wolken seien wieder einmal vorbeigezogen, sagte Samuel Zingg (SP, Mollis), Präsident der Finanzaufsichtskommission. Dies mit Blick auf den mit der Axpo beigelegten Rechtsstreit. Der Kanton könne stolz sein, schlossen sich Marco Hodel (CVP, Glarus) und andere den vorwiegend lobenden Worten an. Auch die zusätzlichen Abschreibungen von über 12 Millionen Franken würden den Kanton entlasten.

Zu den finanziellen Zukunftsaussichten hiess es, der Wegfall des Bausteuerzuschlags für die Sanierung des Kantonsspitals sei erfreulich. Eine strikte Ausgabendisziplin müsse man aber auch künftig einhalten. Was auch Thomas Tschudi (SVP, Näfels) betonte und vor zu vielen Begehrlichkeiten warnte. Steuern zu senken, sei aber auf jeden Fall falsch, erwiderte Jacques Marti (SP, Diesbach). «Die meisten Kennzahlen sind im grünen Bereich», freute sich auch Finanzdirektor Rolf Widmer. Mehrausgaben werde es etwa bei der individuellen Prämienverbilligung geben. (ckm)

Gestern hat der Landrat:

- die Jahresrechnung 2018 des Kantons genehmigt, von Kreditüberschreitungen Kenntnis genommen und 2,5 Millionen Franken für Informatik in den Schulen zugestimmt;
- vom Geschäftsbericht der Glarner nach Kenntnis genommen;
- den Richtplan beraten und einige Teile zurückgewiesen. (ckm)

Zitat des Tages:

«Die Jahresrechnung ist nicht immer Traktandum 3 der Aprilsitzung, aber sie ist immer schwarz.»

Thomas Tschudi

freut sich über den 14. positiven Rechnungsabschluss des Kantons in Folge.

Was sonst noch im Richtplan verhandelt wurde

Ennenda soll besser erschlossen werden, bei der Umfahrung Glarus ist wieder alles offen, und Braunwald bekommt keine Strasse.

von Daniel Fischli

● Die Strasse vom Leimen südlich von Glarus nach Ennenda hinunter soll auch unabhängig von der Umfahrung Glarus gebaut werden. Der Landrat folgte in dieser Frage der vorberatenden Kommission gegen den Willen des Regierungsrates. Baudirektor Kaspar Becker argumentierte erfolglos, ohne die Umfahrung sei es kaum möglich, den von Norden her kommenden Verkehr dazu zu bringen, nicht durch das Dorf zu fahren, sondern die neue Strasse zu benutzen.

● Zur Umfahrung Glarus gibt es zwei widersprüchliche Aufträge an die Regierung. Einerseits soll sie mehr Handlungsspielraum erhalten, damit auch eine grosse Umfahrung Netstal-Glarus in einem Bogen möglich wird. Man erhofft sich davon, dass der Bund einen

grossen Teil der Teilstrecke um Glarus herum bezahlt. Andererseits soll die Umfahrung Glarus als Kantonsaufgabe einen höheren Verbindlichkeitsstatus («Zwischenergebnis» statt «Vororientierung») erhalten.

● Die sogenannten «Vorranggebiete für die Landwirtschaft» sollen auf Antrag von Bauernpräsident Fritz Waldvogel (BDP, Ennenda) auf dem bisherigen Stand erhalten bleiben. Der Entwurf der Regierung hätte «einen klaren Rückschritt» bedeutet, so Waldvogel.

● Die Orenplatte in Braunwald soll touristisches Intensivgebiet werden. Damit soll die Voraussetzung geschaffen werden, dass dort das Musikhôtel und ein Golfplatz erstellt werden können. Dieser Antrag der vorberatenden Kommission wurde von der Regierung nicht bekämpft. Seit der Verabschie-



Im Mittelpunkt: Baudirektor Kaspar Becker ist auch Geburtstagskind. Bild Claudia Kock Marti

derung des Richtplanentwurfs durch den Regierungsrat sei viel passiert, so der Baudirektor.

Die zurückgewiesenen Teile des Richtplans wird der Regierungsrat frühestens im Winter wieder vorlegen.

Wachstum bleibt bei «hoch»

● Keinen Erfolg hatten Grüne und SP mit dem Antrag, dem Richtplan ein tieferes Bevölkerungswachstum zugrunde zu legen. Das Szenario «hoch» sei unrealistisch, so Priska Müller (Grüne, Niederurnen). Mit einem moderateren Szenario könne die Zersiedelung gebremst und das Landwirtschaftsland erhalten werden. Martin Laupper (FDP, Näfels) bekämpfte den Antrag und warnte, Glarus Nord müsste bei einer Annahme nicht nur 40, sondern 50 und mehr Hektaren Bauland aus-

dererseits erklärte, die drohenden Auszonungen seien für die Regierung nicht der Grund gewesen, das Szenario «hoch» zu wählen. Aber er wolle die «Basis für Wachstum» schaffen.

● Ebenfalls keine Mehrheit hat die Idee gefunden, für Braunwald auch eine Strassenerschliessung ins Auge zu fassen. Hans-Heinrich Wichser (SVP, Braunwald) erklärte, in der Projektleitung zur Erschliessung würden auch Strassenvarianten geprüft. Der Richtplan solle solche nicht verunmöglichen. Regierungsrat und Braunwaldbahn-Verwaltungsratspräsident Andrea Bettiga warnte davor, durch eine Rückweisung dieses Richtplanteils viel Zeit zu verlieren. Bei der Braunwaldbahn bestehe grosser Sanierungsbedarf. Und Baudirektor Kaspar Becker meinte, das «Alleinstellungsmerkmal Autofreiheit» wäre gefährdet.